

# Danziger Zeitung

# Beitung.

Nr. 18265.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post begogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Chriftheile oder deren Raum 20 pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 29. April. (W. L.) Gestern Nachmittag wurden drei Anarchisten verhaftet; in ihren Wohnungen wurden Druckmaterial und revolutionäre Broschüren beschlagnahmt.

Novibazar, 29. April. (Privatelegramm.) Zwischen Montenegrinern und Mohomedanern hat ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden, wobei auf beiden Seiten viele Tote und Verwundete blieben.

## Politische Übersicht.

Danzig, 29. April.

## Besteuerung der Consumvereine.

Die Abg. Mehner, Pleß, Stöckel haben, von anderen Mitgliedern des Centrums unterstützt, einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs aufzufordern, welcher durch gesetzliche Regelung die Besteuerung der Consumvereine durch Gewerbe- und Gemeindeinkommensteuer nach Umfang ihrer Geschäfte und des daraus zu erzielenden Gewinnes herbeiführen soll. Dieser Antrag enthält zwar keinerlei Begründung, aber über seine Tendenz kann niemand im Unklaren sein. Die Frage der Heranziehung der Consumvereine zu den Gemeindesteuern ist bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ergänzung und Abänderung einer Bestimmung über Erhebung der auf das Einkommen gelegten directen Communalabgaben in der Sesslon von 1883/84 in eingehender Weise discutirt worden. Der damalige Regierungsentwurf wollte nur die eingangs erwähnten Genossenschaften zu den Communalabgaben heranziehen, die Consumvereine aber, welche keine Genossenschaften darstellen, von der Besteuerung freilassen. Für die Besteuerung der Consumvereine wurde aus dem Hause heraus geltend gemacht, dieselben hätten eine so große Ausdehnung gewonnen, daß sie alle Gewerbe und den Kleinhandel schädigten. Der Notstand, der durch die immer wachsende Zahl der Consumvereine hervorgerufen werde, sei so groß, daß eine Besteuerung derselben unerlässlich erscheine. Schließlich einigte sich das Abgeordnetenhaus dahin, Consumvereine insoweit zu den Communalabgaben heranzuziehen, als sie Gewinne für ihre Mitglieder berechnen. Der Antrag Mehner geht weit über diese Schranken hinaus, indem er sämtliche Consumvereine nicht nur zu den directen Gemeindeabgaben, sondern auch zur Gewerbesteuer heranzuziehen vorschlägt.

Dah die Regelung dieser Frage durch ein Specialgesetz so dringlich ist, wie die Antragsteller annehmen scheinen, ist nicht zugegeben. Die Entscheidung wird bis zu der seit Jahren in Aussicht gestellten Reform der Communalbesteuerung und der directen Staatssteuern unbedenklich verlaufen können.

## Die Beratung über die Erhöhung der Beamtengehälter.

Wenn der Finanzminister die ursprünglich angekündigte Absicht, durch Beratungen mit den Führern der einzelnen Fraktionen eine Vereinbarung über die Modalitäten der in der Thronrede angekündigten Erhöhung der Beamtengehälter vor Aufführung des Gesetzentwurfs herbeizuführen, nicht nachträglich wieder aufgegeben hätte, so würde die Beratung des Nachtragstages ohne Zweifel besser verlaufen sein, als das in der gesprungenen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Fall war. So ziemlich alle Parteidredner haben der Auffassung Ausdruck gegeben, daß an Stelle der im Nachtragstage machten Vorschläge die Verallgemeinerung des Systems der Alterszulagen, welche in der Eisenbahnerverwaltung bereits besteht, sich empfiehlt. Nur Minister v. Scholz war anderer Ansicht, und das erklärt vielleicht, weshalb er es vorgezogen hat, auf die in Aussicht gestellte vor-

gängige Beratung zu verzichten und dem Landtage eine, wie er sagte, einseitige Vorlage zu machen. Wie die Dinge stehen, wird das Abgeordnetenhaus kaum in der Lage sein, seiner Auffassung von dem Besseren Nachdruck zu geben, da Beschlüsse in dieser Richtung mittelbar auf eine Ablehnung des Nachtragstages hinauslaufen würden, so daß die Gehaltserhöhung, deren Dringlichkeit von allen Seiten anerkannt wird, in diesem Jahre nicht mehr durchzuführen wäre. Aber auch ganz abgesehen davon, wird die Budgetcommission, welcher zunächst die weitere Beratung der Vorlage obliegt, trotz allen guten Willens schwerlich im Stande sein, all die Wünsche zu erfüllen, welche die Parteidredner ihr mit auf den Weg gegeben haben. Die ironische Bemerkung des Abg. Bachem, der der Budgetcommission „Prost Mahlzeit!“ zufiel, war in dieser Hinsicht zutreffend. Finanzminister v. Scholz hob auch diesmal wieder hervor, daß das Bessere der Feind des Guten sei, was mit anderen Worten bedeutet, daß der Landtag sich in dieser Frage in einer Zwangslage befindet. Die konstitutionellen Bedenken, welche sich darauf beziehen, daß die Vorlage dem Finanzminister den Betrag von 18 Mill. Mk. ohne elastische Vorschriften über die Verwendung derselben überreicht, werden bei der weiteren Beratung wenigstens insoweit gehoben werden können, indem der Verwendungsplan des Finanzministers durch eine Bemerkung im Etat gewissermaßen fälschlich und für die Regierung verbindlich erklärt wird. Für das laufende Jahr wäre damit wenigstens den formalen Bedenken entzogen. Auf der anderen Seite aber würde sich dadurch das Abgeordnetenhaus erst recht den Weg verschönern, bei der Beratung des nächsten regelmäßigen Etats die Durchführung der Grundsätze für die Erhöhung der Gehälter zu bestimmen, welche es in seiner Majorität für wünschenswert erachtet.

So viel steht jedenfalls fest, daß die Vorlage in der vorgelegten Form nicht Gesetz wird. Es werden wesentliche formale Änderungen nötig sein; ob materielle, ist allerdings fraglich, obwohl eigentlich niemand mit der Vorlage zufrieden ist. Aus einer gelegentlichen Bemerkung des Finanzministers v. Scholz scheint übrigens hervorzugehen, daß auch der neue Beschluß der Unterrichts-Kommission, die Regierung zur Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes aufzufordern, wenig Aussicht auf Erfolg habe. Die Finanzminister hat. Da der Finanzminister in aller Offenheit eingestand, daß er zu der Vorlage beifällig die Verwendung der 18 Millionen Mark zu Gehaltserhöhungen durch einen Majoritätsbeschluß des Staatsministeriums gewünscht worden sei, so bleibt nur die Hoffnung übrig, daß der Finanzminister eine ähnliche Erklärung auch bezüglich des Schuldotationsgesetzes machen werde, dessen Entwurf, wie bekannt, der Cultusminister v. Gohler schon vor Jahren fertiggestellt und vorgezeigt, dann aber wieder in die Schublade gelegt hatte.

## Der Samoa-Vertrag.

Nach Berichten aus Samoa ist der Samoa-Vertrag von dem Könige Malietoa in Gegenwart der Consuln und zahlreicher Eingeborenen unterzeichnet worden. Von der Partei Tamasese wurde angezeigt, daß sie sich unterwarf.

## Herrenhaus und Steuerreform.

Wie bereits bekannt, hat die Commission des preußischen Herrenhauses, welcher der Etat für 1890/91 zur Vorberatung überwiesen war, sich bei den bezüglichen Erörterungen auch mit der Frage der Reform der directen Steuern beschäftigt. Veranlaßt durch dazu gab eine der Commission in folgender Fassung vorgelegte Resolution:

„Das Herrenhaus will beschließen, an die königl. Staatsregierung das Erfuchen zu richten, dem Landtage als bald und, wenn irgend möglich, noch vor Schluss der gegenwärtigen Sesslon den wiederholt in Aussicht gestellten Entwurf, betreffend die Reform der directen Steuern, vorzulegen.“

Sagt, welcher das Erste trotz der komischen Form verständlich zu geben weiß.

## Die internationale Gartenbau-Ausstellung.

Berlin, 28. April.

Schöneres und Bezauberndes als die diesjährige internationale Gartenbau-Ausstellung läßt sich nicht leicht denken. Der Eindruck, den sie mit ihren Blumenwundern, mit ihren vorzüglichsten, durch Kunst, Architektur und Kunsthandwerk unterstützten Arrangements macht, hat etwas Überwältigendes. Gleich der erste große Saal dieses Blumenparadieses mit den fremden wunderbaren Blüthen ist wie eine Einöde von Tarpe und Dusi. Dort an der Wand stehen hohe Blumenstämme von herrlicher Schönheit — Clerodendron Labouxi. Die Blätter haben eine gewisse Ähnlichkeit mit Jasmin. Die weißen Blüthen hängen glöckchenförmig herunter und lassen aus ihren schönen Kelchen glühend rothe Blumen hervorprallen.

„Rosenlust und Rosenglück wogen dir zu Füßen“ in dem rechten Langsaal zu Seiten des Ausstellungsgebäudes; hier streut die vielbegünstigte Blumen ihre beißenden Düfte aus. Mit einem leichten Schwund muß man ihren Anblick bezahlen. Die „geistergleichen Duftgebilde“ entsteigen den Blumenkelchen auch heute noch, um ihre Nase zu nehmen. Ein Herr scheint Ihnen besonders versessen, denn Todtentblatt sieht er unter einem seine Blüthen matt niedergängenden Stamm dunkler Rosen. Vor einer vollen Ohnmacht bewahrt ihn die Liebenswürdigkeit eines anderen Herrn, der ihm

Bei Beratung dieser Resolution stellte sich nun, wie schon neulich im Abgeordnetenhaus, so jetzt im Herrenhause die Thatlache heraus, daß die Mehrheit des preußischen Parlaments einer Trennung der Frage der Überweitung von Grund- und Gebäudesteuer an die Communen von derjenigen der Reform der directen Steuern nicht abgeneigt ist. Dies bestätigt auch die Fassung, in welcher die Herrenhauscommission die Resolution annahm. Die letztere erhält nämlich bei der Endabstimmung folgenden Wortlaut:

„Das Herrenhaus will beschließen, an die königliche Staatsregierung das Erfuchen zu richten, dem Landtage als bald und, wenn möglich, noch vor Schluss der gegenwärtigen Sesslon in Aussicht gestellten Entwurf eines Gesetzes betreffend die Reform der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer vorzulegen.“

## Zur Arbeiterbewegung

gingen uns heute folgende Telegramme zu:

Chemnitz, 29. April. (W. L.) Die Socialisten hatten bei den hiesigen 25 Gießereien Fragebogen betreffs der Beihilfe der Arbeiter in denselben an der zum 1. Mai geplanten Arbeiterfeier in Umlauf gesetzt, wovon 22 ausgefüllt worden sind. Von 1569 Arbeitern erklärten sich 558 entschieden für die Feier, 647 prinzipiell für achtländige Arbeitszeit, aber gegen die Feier, 258 gaben keine Erklärung ab, 106 arbeiten weiter, ohne Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben.

Paris, 29. April. (Privatelegramm.) Die Polizei und das Militär haben Odres erhalten gegen die Manifestanten am 1. Mai auf das strengste vorzugehen. Der Concordienplatz wird militärisch besetzt.

Brünn, 29. April. (Privatelegramm.) Sämtliche Brantwelschänken müssen von Mittwoch Nachmittag bis Freitag früh geschlossen bleiben.

Das Wolff'sche Bureau versendet über die Arbeiterbewegung ferner nachstehende telegraphische Nachrichten:

Spandau, 28. April. Die Schuhmachergesellen haben heute die Arbeit niedergelegt; dieselben fordern Einstellung der Sonntagsarbeit, zehnständige Arbeitszeit und Lohnherabsetzung.

Braunschweig, 28. April. Der Verein deutscher Industrieller hat beschlossen, die Fabriken am 1. Mai in vollem Umfang in Betrieb zu halten.

Glauchau, 28. April. Der socialistische Abgeordnete Stolle hält in einer hier stattgefundene Volksversammlung eine Rede, in welcher er dazu aufforderte, den 1. Mai, soweit die Einstellung der Arbeit auf Friedlichem Wege möglich sei, durch Aussöhnung und gesellige Vereinigungen zu feiern, hauptsächlich aber durch Kundgebungen die Annahme der Anträge des Pariser Arbeitercongresses, insbesondere die Einführung des achtländigen Arbeitstages, zu fordern.

Hannover, 28. April. Die Directionen der staatlichen Werkstätten und Betriebe, der Fabrikanten-Verein, die freie Vereinigung der Industriellen und der Verein der Metall-Industriellen machen bekannt, daß alle Arbeiter, welche am 1. Mai nicht arbeiten, entlassen werden sollen.

München, 28. April. Dreihundert Buchdruckergesellen haben beschlossen, trotz der Verwarnungen der Prinzipale, den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Einmal gleichen Beschluß faßten die Maurer- und Schlosser-gesellen.

Lübeck, 28. April. Die bedeutendsten Vertreter des Handels, der Industrie und der Gewerbe haben beschlossen, diejenigen Arbeiter, welche am 1. Mai feiern, zu entlassen und nicht wieder einzustellen.

Wien, 28. April. Dem „A. k. Correspondenz-Teleg-Bureau“ zufolge sind die Nachrichten über militärische Vorsichtsmahrseln in Wien für den 1. Mai vielfach übertrieben;namenlich ist keinerlei Besetzung der Plätze und Straßen, noch ein Verbot der herkömmlichen Märkte beabsichtigt. Nach der „Polit. Corresp.“ laufen die Berichte aus der Mehrzahl der niederösterreichischen Industriebezirke beruhigend. Das Abgeordnetenhaus wird am 1. Mai, wie gewöhnlich, tagen.

„Königliches Wasser“ reicht. So wunderbar prächtige Exemplare unter den Rosen sich auch befinden — die Königin der Blumen hat bei der diesjährigen Ausstellung von ihrem Thron steigen müssen, um einer anderen ihren Platz zu räumen. Den ersten Schönheitspreis, den Preis des Kaisers, die große goldene Staatsmedaille, hat die blühende Rhododendron-Gruppe erhalten, welche einen ganzen Saal füllt und durch ihre Farbenfülle und Farbenpracht alles andere überstrahlt. „Wer hier nicht entzückt ist, muß ein gefühlloser, roher Mensch sein“ — sagte eine zarte Dame vor mir. Ich sah keinen solchen. Alle Augen ruhten trunken trunken auf diesem wundervollen Blumenbau. Herr Seidel in Griesen bei Dresden ist der glückliche Sterbliche, welcher die große Staatsmedaille erhielt. Die Kaiserin ist den Rosen treu geblieben, ihren Preis, der in einer kostbaren Deckelvase aus Berliner Porzellan bestand, hat sie für eine herrliche Rosengruppe des Herrn Bunkel in Niederösterreich gegeben. Es ist eine außerordentliche Anstrengung für die Jury, in der kurzen Zeit und unter der fast durchweg nur schönes und hervorragendes bleibenden Ausstellung das Beste und Schönste herauszufinden. Man muß diese Ausstellung sehen, um Reichtum vor der Arbeit der Jury zu bekommen.

Die Belgier, vor allen Herrn D'Haen aus Gent, haben dazu beigelegt, die Ausstellung so reichhaltig zu gestalten. Der genannte Blumenjüchter hat allein 10 vollbeladene Eisenbahnwaggons hierher gebracht, welche einen Wert von 40 000 Mk. repräsentieren. Prächtig sind seine Orchideen-Gruppen, an denen die Ausstellung überhaupt so viel Ausgezeichnetes bietet, wie keine vorher. Unter der Zahl der englischen Aussteller hat Herr Sander, ein geborener Bre-

Die Wiener Polizeibehörde hat die Erlaubnis zur Abhaltung der für den 1. Mai nachgesuchten Arbeiter-Versammlungen gegen die Verbündung, für die Aufrichterhaltung der Ordnung Vorsorge zu treffen, ertheilt.

Prag, 28. April. In die größeren Industriestädte und Bergwerksorte ist, wie das „A. k. Telegr.-Corresp.-Bureau“ mittheilt, Militär eingerichtet. Das halbmilitärische „Prager Abendblatt“ erklärt, die getroffenen umfassenden Vorkehrungen mit dem herabgegangen fremder Elementen an die Arbeiter, gegen welche mit rücksichtsloser Gerechtigkeit vorgegangen werden soll. Ahnliches fordern die Arbeiter in Frohndorf. Es finden Verhandlungen darüber statt.

Lemberg, 28. April. (Telegramm des „A. k. Correspondenz-Bureau“.) Unter den Arbeitern der Kohlengruben Jaworzno und der Cementsfabrik in Czegawino macht sich eine Gährung bemerkbar. Die Behörde hat die erforderlichen Maßregeln getroffen, um die Ruhe zu erhalten. In dem Bezirk Colomey haben antisemitische Ausschreitungen stattgefunden.

Rom, 27. April. Eine von dem Bunde der römischen Arbeiter einberufene Versammlung der Delegierten der Arbeitervereine beschloß am 1. Mai zu feiern.

Monza, 27. April. Eine Privatversammlung von 700 Arbeitern beschloß am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und die Arbeitgeber hierzu zu verständigen.

Eyon, 28. April. Infolge von anarchistischen Versammlungen, in welchen eine lebhafte Agitation für den 1. Mai angekündigt wird, verhaftete die Polizei 11 Personen, darunter 2 Russen. Dieselben sollen einstehen, daß sie anlässlich des 1. Mai Attentate mit Explosivstoffen auszuführen beabsichtigten. In Roanne haben mehrere Verhaftungen aus gleichem Anlaß stattgefunden.

Eine in Dijon stattgehabte Versammlung von Socialisten, an welcher ca. 1200 Personen teilnahmen, darunter mehrere Deputierte, nahm eine Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, eine internationale Conferenz einzuberufen befuß Ausarbeitung eines Arbeiterschutzgesetzes mit einem achtländigen Arbeitstag und garantirtem Minimallohn als Grundlage

## Die ostafrikanische Subventionirte Dampferlinie.

Wie die „Pol. Nachr.“ hören, haben der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sowie die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Petition, in welcher sie das Erfuchen der Mannheimer Handelskammer unterführen, wonach die Unternehmer der ostafrikanischen Subventionirten Dampferlinie verpflichtet werden möchten, bei der Hin- und Rückfahrt Rotterdam anzulaufen, bereits an den Reichstag abgeändert. Zu der von der Mannheimer Handelskammer beigebrachten Vergründung haben die genannten Vereine noch zwei Momente hinzugefügt. Einmal weisen sie darauf hin, daß sich die Schiffahrtsstraße des Rheines auf holländischem Gebiete noch immer nicht der auf der deutschen Strecke vorhandenen Seefreude und daß, wenn man nun Holland den dort in hohem Maße gewünschten Vortheil gewährt, daß Rotterdam als Anlaufhafen für die Dampfer der ostafrikanischen Linie gewählt wird, als Aequivalent eine völlige, den heutigen Anforderungen der Schiffahrt entsprechende Regulirung des Rheines auf holländischem Gebiete gefordert werden könnte, wodurch auch nach anderer Richtung dem deutschen Handel und der deutschen Industrie ein wertvoller Dienst geleistet würde. Sodann machen die Vereine darauf aufmerksam, daß das Kapital zur Erwerbung und Colonisation der ostafrikanischen Gebiete zum bedeutenden Theile seitens rheinisch-westfälischer Handels- und Fabrikantenkreise ausgebracht worden ist. Diese könnten deshalb, so dunkt den Vereinen, mit Recht den Anspruch erheben, daß eine nach den dortigen Gebieten subventionierte Linie so eingerichtet werde, daß sie thunlichst den Interessen auch jener Kreise entspricht.

Die Pariser Municipalratshswahlen. Die republikanischen Morgenblätter äußern sich über die Municipalratshswahlen sehr befriedigt und bezeichnen als deren Merkmalen die vollständige Niederlage der Boulangisten. Die boulangistischen Blätter hoffen, die Stichwahlen würden die erlitte Schlappe wieder gut machen. Die

mer, eine auf der hiesigen „Schau“ zum ersten mal blühende Orchideeart, die durch die zarte Pracht der Blume entzückt, der Kaiserin gewidmet. Sie trägt ihren Namen.

Frankreich hat weniger Blumen hergeschickt. Es leistet jedoch hervorragendes im Gemüsebau.

„Ungestraft“ wandeln wir unter Palmen in dem Marineaal; dort stehen die herrlichen Palmen, welche Jahrzehnte hindurch den Wintergarten des königlichen Palais gesiert haben. Von hier aus hat man die Aussicht auf zwei Dioramae von J. Mäcker. Sie müssen wunderschön sein, denn dort drängt sich das Publikum in einer solchen Fülle, daß es nicht möglich ist, näher zu kommen.

Alle die Herrlichkeiten, die die Sinne in dieser Ausstellung in sich aufzunehmen, zu beschreiben, ist unmöglich. Durch die duffenden, farbenprangenden Säle mögt es auf und ab — freilich nicht gerade zur Erhöhung der Freude. Tausende und Abertausende haben heute die Ausstellung besucht; es war der erste 1.-Mark-Tag. Ich gönne allen diesen Hochgenuss, aber lieber wäre es mir, ich könnte einmal allein und ungefördert in dieses Blumenmeer meine Sinne verloren.

Sehr lange kann man die Wonne nicht ertragen. Fast betäubt verläßt man die Blumensäle, um unter den Prachtexemplaren von Kartoffeln, Bohnen, Gurken, Erdbeeren, Trauben, Stachelbeeren, Johannisbeeren — veritable und beinah’ reife — zu Realerem zurückzukehren. Hier kann man sich auch durch ein Glas reinen Fruchtsaft zu dem Gang in den Gärten, wo eine Unummere von Gartengeräthen aufgestellt sind, in die Treibhäuser und die Baumschulen stärken.

Niemand sollte es versäumen, diese herrliche Ausstellung zu besuchen.

Organe der Monarchisten erklären die Wahlen als einen Beweis, daß die conservative Partei sich neu gesegnet habe.

#### Die österreichisch-ungarischen Minister-conferenzen

unter dem Vorsitz des Grafen Kalnoky haben sich der "Ungarischen Post" folgende hauptsächlich mit dem diesjährigen Mehrfördernis für Einführung des rauchlosen Pulvers und anderen hiermit verbundenen Kosten beschäftigt. Die Einstellung eines beigleichen Budgetpostens sandt die Zustimmung, eine endgültige Siffer wurde jedoch noch nicht verabtretet.

Die gemeinsamen Ministerconferenzen haben übrigens mit der gestern Nachmittag abgehaltenen Sitzung des Ministerraths unter dem Vorsitz des Kaisers ihren Abschluß gefunden. Für die Einberufung der Delegationen ist der 4. Juni in Aussicht genommen. Die ungarischen Minister sind bereits nach Pest zurückgekehrt.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus überreichte gestern der Handelsminister eine Regierungsvorlage betreffend eine provisorische, bis zum 31. Dezember 1890 gültige Regierung der Handelsvertragsverhältnisse mit denjenigen Ländern, in welchen der zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei am 22. Mai 1862 abgeschlossene Handelsvertrag in Kraft steht. Gleichzeitig brachte im ungarischen Abgeordnetenhaus der Handelsminister eine gleiche Vorlage ein.

#### Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom 28. April.

Erste Beratung des Nachtragsetats.  
Abg. v. Huene (Centr.): Der Nachtragsetat hat ja seinen Schwerpunkt in den Beamtengehalts-Verbesserungen, doch will ich zunächst die wenigen anderen Punkte, die derselbe noch enthält, streifen. Der Verbesserung der Schiffahrt auf der Falda stimme ich zu. Was den Dombau in Berlin anlangt, so wiederhole ich, ich habe nichts gegen Zuschlüsse für den Dombau, aber man soll nicht den Staat zum Bau-Verpflichteten machen. In Bezug auf die Dienstekommens-Verbesserungen meine ich, man sollte sich heute auf die Einzelheiten der in dieser Beziehung gemachten Vorschläge nicht einlassen, das wird besser in der Commission geschehen. Eine vollständige Zufriedenheit wird man mit den vorgeschlagenen Gehalts-Verbesserungen nicht erreichen, denn dieselben befriedigen nur die nothwendigsten Bedürfnisse. Mit der Bildung von zehn Gehaltszonen für die Unterbeamten bin ich einverstanden; nur wird in der Commission zu untersuchen sein, ob die Einzelheiten der vorgeschlagenen Stufengruppierungen zu billigen sind. Am besten kommen in der Vorlage eigentlich die Lehrer fort, und ich möchte nur wünschen, daß nunmehr in den Kreisen der Lehrer endlich eine gewisse Beruhigung eintrete. Die Form der Vorlage aber ist nicht zu billigen. Unmöglich kann eine allgemeine Gehaltserhöhung in dieser Form durchgeführt werden. Die Oberrechnungskammer hätte keinen Anhalt zur Controle. Es muß eine genauere Fixirung der einzelnen Positionen, eine weitergehende Trennung derselben und eine bessere Vertheilung unter den einzelnen Staatsstellen stattfinden. Ich hoffe, daß wir nach den commissarischen Berathungen zu einer Verständigung mit der Regierung kommen werden. Ich beantrage, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Limburg-Giroux (cont.) spricht sich im wesentlichen justimmt zu der Vorlage aus, die ja auf einer schon bei der ersten Lesung des Etats erfolgten Vereinbarung mit allen Parteien beruhe. Jedenfalls wird sich das Haus bei allen seinen Beschlüssen innerhalb der 18 Millionen halten müssen, weil sonst immer neue Begehrlichkeit geweckt wird. Auch ist es geboten, Vorsticht in den Ausgaben zu üben mit Rücksicht auf die Abhängigkeit der Finanzlagen von den Eisenbahn-Einnahmen. Der Interims-Dom-Artikel wird meine Partei nicht zustimmen.

Abg. Ritter: Die Forderung in Bezug auf den Dombau, daß die bewilligten Mittel zum Bau einer Unterimskirche verwendet werden sollen, wird nach der Erklärung des Vorredners wohl einstimmig von dem Hause abgelehnt werden. Ich schließe mich in dieser Frage seinem Dilemma an und verltere darüber weiter kein Wort. Dem Haupttheil der Vorlage in Bezug der Beamtenbefolbungenverbesserungen stehe ich nun noch weniger günstig und justimmt gegenüber, wie der Vorredner. Wenn Graf Limburg-Giroux erklärt hat, daß die Forderung bejügt des Dombaus allen Budgettraditionen dieses Hauses widerpricht, so kann ich mit mehr Recht das von der Beamtenvorlage sagen. Sie ist in etatsrechtlicher Beziehung horribil. Die Frage hat ihren Anfang genommen im Reichstage. Damals schien in Preußen über allen Wippen Ruh zu sein. Am 16. Januar erklärte hier im Hause der Herr Finanzminister, daß die Regierung in dem Etat die Beamtenbefolbungen nicht berücksichtigt, weil sie sich vorher mit dem Abgeordnetenhaus verständigen wollte über das "Ob" und das "Wie". Nach dieser bestimmten Erklärung muß ich annehmen, daß die Regierung sich wenigstens mit den anderen Parteien über das "Ob" und über das "Wie" verständigt hat. (Zuruf des Finanzministers: Nein!) Dann ist der Finanzminister von seiner früheren Meinung zurückgekommen, dann soll also jetzt erst die Verständigung erfolgen. In Bezug auf das "Ob" ist von keiner Seite ein Widerspruch erhoben. Das Geld ist vorhanden; es wäre sogar die Frage zulässig, ob nicht in erweiterter Umfang vorgegangen werden könnte. Die Finanzen estatten es und es handelt sich um die Erfüllung eines wiederholt von der Regierung der Beamten gegenüber gegebenen Vertritts; sie ist verpflichtet, dasselbe zu erfüllen. Die Söde im Reiche allein haben eine Mehreinnahme von nahezu 80 Millionen ergeben. Der Überschub in Preußen wird 20 Millionen höher sein, als der Finanzminister veranschlagte. Allerdings hat den Löwenanteil an der Verbesserung der Reichsfinanzen eine schwerliche Grundlage, sie ruht im wesentlichen von den Kornbößen her. Überhaupt steht diese Vorlage in einem nahen Zusammenhang mit der Vertheuerung durch die Schutzzollpolitik. (Graf Kanitz: Billiger ist alles geworden!) Bei Ihnen ist wirklich alles billiger geworden? Dann empfehle ich Ihre Güter zur Anstellung, das wäre eine Dose. Die Beamten- und Arbeitersfamilien werden darüber anders denken. Indest, ich will nicht darüber darauf eingehen, betonen möchte ich nur noch einmal, daß diese Vorlage besonders dringlich geworden ist auch durch die Vertheuerung des Lebensunterhaltes, und diese hat unsere Sozialpolitik verschärft. Man hat auch das Gefühl, daß die Regierung keinerlei Erinnerung an die Vertheuerungspolitik wünscht; während das auch von einem Theil der Industriellen geschehen, wird das hier auf das sorgfältigste vermieden. Nirgendwo ist von einer Theuerungszulage die Rede. Glatzrechtlich bedeutet die Vorlage der Regierung nichts als die Forderung, ihr ein Pauschquantum von 18 Millionen in die Hand zu geben zur befreiten Vertheilung an die Beamten; so ist sie formell aufgestellt. Sie hat den Charakter des Pauschquantums und es würde — wenn sie angenommen wird — die Oberrechnungskammer nur berechtigt sein zu fragen, ob die 18 Millionen zu diesem Zweck ausgegeben sind. Das "Wie" würde vollständig in das Belieben der Staatsregierung gestellt sein. Will das Haus ein solches Pauschquantum nicht geben, zumal wenn dasselbe annimmt, daß es bedenklich binden würde für die Zukunft, so muß insbesondere die Überleistung, welche jetzt nur als Motiv dient, in den Text des Etats hineingebracht werden und im einzelnen Gegenstand der Bezeichnungsfassung werden. Auch wenn die Regierung sich moralisch an die Überleistung für gebundener sieht, — staatsrechtlich ist sie es nicht. In einer

Beziehung wäre ein solcher Weg des Pauschquantums, wenn man den Beamten mit Rücksicht auf die Theuerungsverhältnisse für dieses Jahr im prozentualen Verhältnis eine einmalige Zulage mache und dann im nächsten Jahre umfassende, wohlvorbereitete Vorschläge für die Beamtenbefolbungen mache, durchaus nicht von der Hand zu weisen. Im einzelnen will ich auf die Beamtenkategorien nicht eingehen, obgleich massenhaft Material mir vorliegt. Die Zahl der Aufschriften wächst von Tag zu Tag, und ich gestehe, ich bin nicht mehr im Stande, sie zu lesen, geschweige denn zu bearbeiten. Ich würde auch den Beamten ratzen, alle Hoffnungen auf uns nicht zu hoch zu spannen. Die Regierung befindet sich uns gegenüber in der glücklichen Lage, daß, wenn wir das Zustandekommen derselben verzögern oder verhindern, zumal die Session doch bald beginnt ist, sie auf uns ein Scheitern der Vorlage abschieben kann. In Bezug auf die neuen Altersklassen muß die Commission eine genaue Prüfung anstellen; hier im Hause ist das nicht möglich. Vielleicht wäre es — ich wiederhole es — doch zweitmäßig, daß die definitive Lösung unter Bewilligung einer vorläufigen gleichmäßigen Zulage verschoben wird, besonders wenn sie für die Forderung des Alterszulagen, welche leider nicht berücksichtigt ist, im Hause ein Boden findet. Weshalb hat die Staatsregierung das System der Alterszulagen, welches ich glaube, die Majorität im Hause hat und welches unter den gegebenen Verhältnissen das Richtige ist, welches bei den Lehrern und den Eisenbahnen eingeführt ist, nicht acceppt? Das ist für die Beamten hoch wichtig; sie wollen die Sicherheit einer Verbesserung mit zunehmendem Dienstalter. (Nachdem Redner auf die einzelnen Altersklassen der Beamten und auf die mittleren Beamten eingegangen ist, geht er über auf die Summe, welche für Diätarien angezeigt ist.) Hier werde lediglich ein Pauschquantum von 1 325 000 Mark gefordert, die Vertheilung stehe ganz in dem Belieben der Minister. So gehe die Sache entschieden nicht. Man könnte doch wenigstens über die Grundsätze der Vertheilung etwas angeben. Die Beamten müssen auch die Sicherheit haben, daß sie etwas und was sie bekommen. Die drei Millionen für die Lehrer in dieser Form zu bewilligen, habe etwas sehr Bedenkliches. Es ist mir unbegreiflich, weshalb die Regierung dem Verlangen des Hauses sich widersetzt, daß die Befolbungsverhältnisse der Lehrer auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Auch hier sollen wir drei Millionen dem Cultusminister zur discretionären Verfügung geben. Das ist ein unhaltbarer Zustand, um so unerträglicher, als seit 40 Jahren die Verfaßung etwas anderes verlangt. Die Regierung muß endlich aufhören, uns in die Zwangslage zu versetzen, entweder die Bewilligung abzulehnen, oder alles dem Minister zur Verfügung zu überweisen, so daß die Lehrer eine Sicherheit für die Gewährung des Bewilligten nicht haben. Die Minister müßten selbst die Haftlosigkeit dieser Situation fühlen. Sie sind verpflichtet, in der Verfaßung endlich die gesetzliche Basis für die Befolbung der Lehrer zu schaffen. Weshalb sollen nun die Lehrer in den Städten mit über 10 000 Einwohnern ausgeschlossen werden von den Alterszulagen? Wir liegen eine große Anzahl von Spezialdarstellungen vor, welche auf das klarste beweisen, daß eine solche Regelung unzweckmäßig und ungerecht wäre. Dieser Theil der Vorlage muß einer genauen Prüfung unterliegen, und wenn irgend möglich, muß durch eine Bemerkung im Etat eine gleichmäßige gesetzliche Grundlage geschaffen werden, und zwar für alle Lehrer ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl. Was die Stellenzulagen anbetrifft, so müßte die Volksvertretung bei der Regulierung im einzelnen beihilft werden. Auch das ist hier wieder nicht der Fall. Auch hier ist lediglich eine Summe von 1 Million 170 000 Mark zur beliebigen Verfügung der Minister. Wir übernehmen eine Verpflichtung, deren Consequenzen für die Zukunft wir garnicht übersehen können. Graf Limburg meint nun, man dürfe die Regierung nicht so sehr vinculiren. Wenn diese Theorie richtig wäre, könnte man überhaupt der Regierung nur ein Pauschquantum geben. Jeder Spezialist Etat vinculiert eine Regierung. Es ist das Wesen der konstitutionellen Einrichtungen, daß sie das Mützen, ja auch Unabhängigkeit als die größten Zugenden zur Vorauflösung haben. (Heiterkeit.) Die erste Grundlage alles konstitutionellen Wesens ist das Mützen. Ich glaube nicht, daß irgend jemand solche allgemein gültige konstitutionelle Grundsätze bestreiten kann. Das ist das ABC des konstitutionellen Codex. Lächerlich ist das gewiß nicht. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Also Sie sind einverstanden! Nun, dann sind wir einig, dann also keine Feindschaft (Heiterkeit). Wir sind persönlich gern bereit, von den Ministern das Beste anzunehmen. Es ist menschlich, daß unter gewissen Situationen gegen gewisse Personen ein gewisses Unbedachten hervortritt und darum hat das konstitutionelle Staatswesen eben bindende Formen eingeführt, wonach die Minister nicht nach ihrem Belieben handeln dürfen. Haben wir denn nicht den Minister Putthamer unter uns erlebt, der ausdrücklich proclamirte, man könne von einer Regierung nicht verlangen, daß sie solchen Beamten, welche gegen dieselbe wicken, oder, wie er sich ausdrückte, agitieren, nun aus dem Staatsfonds Wohlfahrt — so drückte er sich aus — zu kommen ließe. Solche Thatenachen gegenüber — es ist noch nicht so lange her — muß man immerhin vorichtig sein. Ich glaube allerdings, daß der gegenwärtige Minister sich diese Theorie nicht aneignet wird. Ich halte ihn für viel zu klug, möchte ich sagen. (Heiterkeit.) Solche Parteitümlichkeiten müssen verschwinden. Die Beamten müssen die Sicherheit haben, daß sie nach gleichmäßigen, gerechten, festsitzenden Grundsätzen in ihren materiellen Beziehungen behandelt werden. Pauschquanta als Vertrauensvotum für die Herren Minister zu bewilligen, ist unmöglich. Wir würden uns in bedenklicher Weise für die Zukunft binden. Wir dürfen das Recht der Mitentscheidung, und das ist zugleich die Pflicht der Mitentscheidung, nicht in Vertrauensfähigkeit aus der Hand geben. Ich richte an die Budgetcommission die dringende Bitte, die etatsrechtliche Seite der Vorlage zu ändern und dafür zu sorgen, daß die Beamten möglichst mit gleichem Maße und gleicher Gerechtigkeit behandelt werden, daß das Discretionäre Ermess der Minister — es beläuft sich nach der Vorlage auf Millionen — wenn irgend wie möglich, herausgebracht wird. Kommt sie in solcher reformirten Weise an das Haus, dann werden wir der Vorlage — weil sie einem dringenden Bedürfnis entgegenkommt — einstimmig unsere Zustimmung geben. (Bravo!)

Finanzminister v. Scholz: Ich gebe zu, daß der Nachtragsetat, soweit er die Beamtenbefolbungen betrifft, eine etatsrechtlich völlig einwandfreie Form nicht hat. Eine etatsrechtlich correctere Form war aber ohne Freiwilligkeit nicht möglich. In der Generaldiskussion über den Etat hat eine Verständigung darüber stattgefunden, daß die Verbesserung der Gehälter noch in diesem Jahre erfolgen und dazu die zur Schulbelastung bestimmten 18 Mill. verwendet werden sollen; welche Beamtenkategorien aber und in welchem Umfang die einzelnen Beamten lassen an der Verbesserung beteiligt werden, darüber konnte man sich nicht verständigen. So sehr wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Vorschläge wohl durchdacht sind, so ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sie in dem einen oder anderen Punkte abgeändert werden. Die nach Bekanntwerden der Vorlage in der Bekanntheit erkennbare Unzufriedenheit ist ja eine traurige Errscheinung. Daß die Regierung den Beamten Versprechungen gemacht habe, ist in dem so häufig missbrauchten Sinne nicht richtig. Die Regierung als solche hat nicht einen Groschen, geschweige Millionen zu ihrer Verfügung; sie kann nur sagen, wonach sie strebt. Um aber diese Pläne zu verwirklichen, dazu braucht sie Ihre Mitwirkung, die Mitwirkung noch anderer und die Bereitstellung der Mittel. Sobald wir die Mittel gehabt haben, hat die preußische Regierung damit anfangen, Ihnen Jahr für Jahr Vorlagen zu machen um das, was versprochen worden ist, auch zu verwirklichen. Die Ansicht von der überall eingetretenen

Vertheuerung ist nicht entscheidend gewesen für die Auffassung der Regierung, daß die Beamtenbefolbung der Verbesserung bedürftig ist. Wir haben in früherer Zeit mehrere Zeiten gehabt als jetzt. (Sehr richtig rechts.) Wenn jemand fordert, daß nach dem Schwanen der Lebensmittelpreise die Beamtenbefolbung sowohl während des Corridors ausgeführt werde, so stellt er eine unbillige Forderung. Befolbungen sind keine Löhne, und wir sind damit vorgegangen, die Befolbungen nur steigend zu behandeln, nie fallen zu lassen, auch wenn der Anlaß zur Steigerung fortsei. Der Grund der Erhöhung der Befolbungen war der, daß die Lebenshaltung der ganzen Bevölkerung bei uns in einer aufsteigenden Bewegung ist. Ich kann allerdings mit Wehmuth nur zugeben, daß hier und da schon Unzufriedenheit in der Beamtenchaft hervorgeht. Aber noch viel mehr habe ich gesehen, und nicht mit Wehmuth, daß diese Unzufriedenheit künftlich hervorgeholt wird (Sehr wahr rechts), und das ist das traurige Kapitel, was jeder wahre Patriot nur immer von neuem beklagen muß, daß Leute daraus ein Gewerbe machen, niemanden zur Zufriedenheit kommen zu lassen. (Beifall rechts.) Das würden wir auch nicht verhindern, wenn wir statt der 18 Mill. 100 Millionen bewilligten. Es würde im Gegenteil noch schlimmer werden. Ich hoffe aber von dem gefundenen Sinn der Bevölkerung, daß endlich der Überbruch an dieser Verarbeitung den Sieg davontragen wird. (Beifall rechts.) Das System der steigenden Befolbung nach dem Dienstalter einzuführen, ist nicht angängig. Wir gehen da vor, wo nach den Prüfungen die Sache sich als unbedenklich darstellt, und wir bleiben davon, wo wir diese Erfahrung nicht gemacht haben. Wenn wir über die im Etat bewilligten Gehaltssummen, die den Durchschnitt zeigen, nicht willkürliche und leichtfertig hinausgehen wollen, dann kommt es an auf die sorgfältige Feststellung der durchschnittlichen Erfahrungen über Avancement, über die Möglichkeit, solche Aufzüge zu erzielen, ohne über den Durchschnitt der Gehälter im Ganzen hinauszukommen. Bei manchen Beamtenklassen, wo wir schon vorgegangen sind, z. B. bei der Eisenbahnenwaltung, sind wir dazu gekommen, eine ganz verschiedene Jahresrechnung aufzustellen zu müssen; die eine Kategorie bekommt nach 4, 6, 8 Jahren, die andere nach 5, 7 und 9 Jahren. Für den ganzen Bereich des Staates würde es eine ganz verschiedene Zahl von Kategorien geben, und es würde den Staat sehr erheblich mehr belasten. Das ist die eine Rückstufe. Es bestehen aber noch viele andere Rückstufen, bei vielen Kategorien, welche es wahrscheinlich auch nicht in den nächsten Jahren der Verwaltung werden ratschlich erscheinen lassen, diesem System zu entsprechen. Der gesetzliche Regelung der Alterszulagen widersprechen wir durchaus nicht. (Abg. Ritter: Es ist Ihre Pflicht, es zu machen!) Es heißt aber die Bedeutung des Etats verfehlten, wenn man glaubt, daß irgend ein Dritter durch eine Bestimmung im Etat einen Anspruch gewinnen kann. (Abg. Ritter: Uns gegenüber aber!) Der Abg. Ritter hat zu meiner Freude offen ausgesprochen, woran ich nicht gewoehnt habe, daß er und wahrscheinlich auch seine Freunde Misträume und Unbekanntheit für die höchsten politischen Tugenden in einem konstitutionellen Staate halten. Wenn diese Auffassung die allgemeine des Hauses wäre, dann würde die Regierung allerdings in einer sehr übeln Lage sich befinden. Denn die Regierung kann nicht Reciprociät üben. Die Regierung wird stets mit Vertrauen und Dankbarkeit da gegenüber treten, wo sie einen Grund dazu zu finden meint. Ich wage aber zu glauben, daß große Parteien dieses Hauses vielmehr auf dem Standpunkte der Regierung stehen, daß Vertrauen und Dankbarkeit wie überall so auch im konstitutionellen Leben Tugenden und das Gegenteil Untugenden sind. (Beifall rechts.)

#### Deutschland.

\* [Heirath des russischen Thronfolgers.] Nach einer Mitteilung der "Königlichen Zeitung" aus Petersburg gilt der Heirathplan des Großfürsten Thronfolgers mit einer Prinzessin aus westeuropäischem Fürstenhause für endgültig geschafft, weil der russische Synod die erforderliche Genehmigung der Dornahme der Trauung vor erfolgtem Glaubenswechsel der Prinzessin verweigert, das Familienhaupt der Prinzessin aber diese Bedingung aufrechterhält.

\* [Professor Rudolf Virchow] ist zu einstätigem Aufenthalt in Sofia eingetroffen. Der deutsche Generalconsul Freiherr v. Wangenheim und eine Deputation der Sotsioter Aerzte empfingen ihn auf dem Bahnhof.

\* [Neue Rangliste.] Die Formation der beiden neuen Armee-Corps hat so weitgreifende und zahlreiche Änderungen im Personalstande, sowie in der Garnisonierung der preußischen Armee herbeigeführt, daß der Kaiser die Herausgabe einer neuen Rangliste besohlen hat, welche den gesammten aktiven Dienststand der Armee, die Reserveoffiziere der neugestifteten Truppenheile, deren die vollständige Anciennetätliste der Generälsität und Stabsoffiziere, das Garnisonvereinig und eine tabellarische Übersicht der Armee in ihrer neuen Eintheilung — dies alles nach dem Stande vom 1. April d. J. — enthält. Die Herausgabe der Rangliste soll auch in Zukunft immer im April erfolgen und stets den Stand der Armee vom 1. April vorzeichen. Somit bildet die jetzt erschienene neue Ausgabe den Ausgangspunkt für die ihr alljährlich im Frühjahr folgenden Jahrgänge. A la suite des Kaisers-Regiments v. Seidell ist, wie der "Reichsanzeiger" meldet, der Fürst v. Bismarck, Herzog von Lauenburg, in seiner neuen Charge als General-Oberst der Cavallerie ausgeführt. Die Liste der Reserve-Offiziere und Landwehrbejörke steht in der neuen Rangliste, ebenso das Namensverzeichniß.

\* [Die Einnahmen der preußischen Staats- Eisenbahnen] im Etatjahre 1889/90 betragen 812 657 853 Mk., oder 60 904 133 Mk. mehr als im Etatjahre 1888/89. Auf den Kilometer betrug die Einnahme 84 404 Mk., oder 1681 Mk. mehr als im Vorjahr. Während des Monats März d. J. überstiegen die Einnahmen mit 73 401 870 Mk. diejenigen im März 1889 um 6 623 520 Mk. und beliefen sich pro Kilometer auf 3067 Mk. oder 194 Mk. mehr als im März v. J.

Dresden, 28. April. Bei der hier selbst heute stattgehabten Verpachtung des Großerzählers für Tabak wurde der garantire Minimalverkaufspreis für Sachsen mit Ausschluß der Stadt Belgrad auf 6 000 050 Frs. normirt, während sich die Regierung den Verkauf in Belgrad, dessen Wert sich auf circa 1 200 000 Frs. bezeichnet, selbst vorbehalten hat. Bei der letzten Verpachtung betrug der garantire Minimalverkaufspreis einschließlich der Stadt Belgrad 5 500 000 Frs.

Die Königin von England empfing heute Nachmittag den Herzog und die Herzogin von Cirencester und machte dann mit dem Großherzog und der Prinzessin Alix eine Spazierfahrt nach Geheim; nach der Rückkehr wurde der Tee bei der Prinzessin Julie von Battenberg im Palais Alexander eingetragen.

Darmstadt, 28. April. Die Königin Victoria von England empfing heute Nachmittag den württembergischen General-Major v. Falkenstein, welcher ein Dankesbrief des Königs von Württemberg für die Verleihung des Hosenbands ordens überreichte.

Karlsruhe, 28. April. Der König und die Königin von Sachsen, welche um 12 Uhr Mittags hier eingetroffen waren, verweilten bis 7 Uhr Abends bei den großherzoglichen Herrschäften. Letztere begleiteten den König und die Königin, welche im strengsten Incognito reisten und sich jeden Empfang verbeten hatten, zum Bahnhof.

München, 28. April. Die Abgeordnetenkammer lehnte trotz lebhafter Befürwortung durch den Minister des Innern und den Regierungsvorsteher die Forderung des Nachfrageats in Höhe von 2 185 000 Mk. zur Erbauung des neuen Main-Flughafen in Würzburg ab und bewilligte nur für Verbindungsgeleiste zum Main-Ufer in Würzburg, Querfurt, Ochsenfurt, Marktibrell und Altzingen zusammen 709 600 Mk.

Österreich-Ungarn.

Troppau, 28. April. Der bisher zur Leitung der politisch-administrativen Action im ganzen hiesigen Strikegebiet besonders hierher gesandte Civilcommissar Regierungsrath Altinger ist nunmehr, nach Herstellung der Ruhe im Ostrauer Strikegebiete, mit der politisch-administrativen Action in den galizischen Bezirken Sanok und Blatnica betraut worden. (W. I.)

Schweiz.

Berna, 28. April. Bei der gefrorenen Volksabstimmung in Trogen (Appenzell) lehnte die Landsgemeinde den Antrag auf das Verbot der indirekten Steuern und den Antrag auf Errichtung einer staatlichen Mobilair-Assicuranz-Anstalt ab. In Basel Stadt wurde die bisherige Reglung wieder gewählt. (W. I.)

England.

London, 28. April. [Unterhaus.] Der Unterstaatssekretär des Außenw. Ferguson, erklärt wie gerüchteweise verlaute, hätten sich alle gegen Mussa-Bey erhobenen Anschuldigungen bis auf eine in der Voruntersuchung als unbegründet herausgestellt.

Portugal.



Wegen Umzugs nach meinem Hause

## Langenmarkt No. 20

verkaufe ich mein großes Lager von  
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren  
in nur bester Arbeit zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

E. G. Olschewski,

Langenmarkt Nr. 2.

Man verlange überall

## CHOCOLAT MENIER

Die Verlobung meiner ältesten  
Tochter Anna mit dem Kauf-  
mann Herrn Ernst Stobbe beeindruckt  
mich ergeben anzugeben.

Danzig, im April 1890.

Ida Haarbrücker Wm.

Anna Haarbrücker,  
Ernst Stobbe,  
Verlobte. (394)

Ida Casparius

Eugen Hasse

Verlobte.

Rügenwalde—Danzig.

(400)

Zoppot bei Danzig.  
Lehr- und Erziehungsanstalt für  
Knaben. Projekte etc. durch  
1880) Dr. R. Sohnfeldt.

Gymnasiallehrer.

## Hansa.

Tarif für die Stadt:

Verschlossene Briefe 2 ♂.

Briefkarten . . . 2 ♂.

Drucksachen . . . 1 ♂.

Tarif für die Vor-  
städte:

Kneipen, Strohdeich, Altschott-  
land, Stadtgebiet, Schindlitz und  
dessen Nebenorten

Verschlossene Briefe 4 ♂.

Briefkarten . . . 3 ♂.

Drucksachen . . . 2 ♂.

Die verschwundene eingeführte  
Beförderung nach Langfuhr,  
Neuschottland, Halbe Allee und  
Neufahrwasser wird vom 1. Mai  
ab, der geringen Frequenz  
wegen, eingestellt und können  
die gekauften Hansa-Marken  
bis zum 1. Juni bei den Herren  
H. J. Zimmermann, Langfuhr,  
und E. J. Lipowski Nachf., Neu-  
fahrwasser, später im Comtoir  
der Hansa, Poggenpohl Nr. 6,  
eingelöst werden.

Bei Aufgabe von mindestens  
100 Briefen geschieht die Be-  
förderung auch ferner von  
Danzig nach Langfuhr und Neu-  
fahrwasser und zwar 1 mal  
täglich.

Tarif:

100 geschlossene Briefe M 4.  
100 Drucksachen . . . M 2.  
100 Briefkarten . . . M 3.

J. bin vom Langenmarkt 20  
nach Gr. Gerbergasse 3 ver-  
zogen. J. M. Cohn.

Loope.

Marienburg-Schloßbau 3.00 M.  
Rönigab. Pferde-Lott. 3.00 M.  
Stettiner Pferde-Lott. 1.00 M.  
zu haben in der  
Expedition d. Danziger Zeitung.

Original-Loope und Anteilsscheine  
der Schloßfreiheit-Lotterie III. Klasse zu ver-  
schiedenen Preisen. Marienburg-Schloßbau, Hauptgewinn M 90.000. Loope  
der Rönigberger Pferde-Lotterie a M 3. Loope der Stettiner Pferde-  
Lotterie a M 1 bei (3988). Loope Berlin, Gerbergasse 2.

Dill-Gurken in vorzüglich  
Sens-Gurken schöner  
Pfeffer-Gurken Qualität.  
Wagdeh. Sauerkohl sehr gut  
gesalzenen Sauerkohl serviert.  
Frischheit, eigenes Fabrikat —  
frisch von der Preise, mit auch  
Zucker eingekocht — von  
sehr angenehm Geschmack und  
Aroma, sowie Süßigkeit, mit  
Zucker, in gleicher Qualität,  
Preisvergleich mit Zucker, prima  
turkisches Blumenmus  
empfiehlt billigst

Arnold Nahgel,  
Schmiedegasse 21.

Hochzeitsgeschenke,  
Pariser Schmuck,  
Photogr.-Rahmen,

Echt chines. Tiere,  
zu billigsten Preisen  
bei (1838).

Jacob H. Loewinsohn,  
9, Wollwebergasse 9.

Jede vor kommende Töpferei  
arbeit wird schnell und  
ausgeführt. Berlin, Graven 46.

## Avis.

### Friedrich Wilhelm-Schühenthal

Donnerstag, den 1. Mai und folgende Tage

### Humoristische Goireen

der beliebtesten seit 1878 bestehenden  
Leipziger Humoristen und Quartett-Sänger

Sirren Kluge, Immermann, Kroeger, Charlton, Schaum,  
Treuer, Winter, Dir. Jul. Kluge, & Co., sowie  
Auffreten des bis jetzt unübertroffenen Damen-Imitators

Herrn Heinrich Schroeder.

Ansang 8 Uhr. Eintritt 50 ♂.

Billets à 40 ♂, nur an Wochentagen gültig, sind vorher in den Gi-

garrenhandlungen der Herren G. Möller, Brödbänkengasse, und

G. Marcks, hohes Thor, zu haben. (3842)

Das Grundstück Ganda, 28 v. 900 qm.  
h. i. verh. Arnold, Ganda 37.

15 000 Mark

sind auf pupillärlich sichere Hypo-  
thesen sofort zu begeben. Ges. Off.  
sub M. G. an die Expedition der

"Dirchauer Zeitung" in Dirchau.

Mk. 3 bis 40000

Cassen- und Stiftungsgelder  
können an Communen, Kreise,  
Gemeinden (für den Bau von  
Gasanstalten, Schlachthäusern,  
Wasserleitungen) Genossen-  
schaften, kändliche u. städtische  
Grundstücke, sowie gute in-  
dustrielle Etablissements von 4 % an ausgeliehen  
werden. Ges. Off. Offeren sub Q.

U. 394 an G. L. Daube & Co.

in Frankfurt a. M. (3908)

Eleganz möblierte 1. Etage, 2  
Zimmer, Entrée, Wasserleitung,  
Kandt, Büroräume, soz. u. sp.  
verm. Pfefferstadt 47. (3931)

Brödbänkengasse 36

ist eine große Wohnung im  
ersten Stock, bestehend aus  
groß. Saal, Entrée, großem  
Speisesimmer, 2 Schla-  
fimmer etc. von gleich  
zu vermieten. Nähe Lang-  
garten 17, Comtoir. (3249)

## Das Restaurant

Hl. Geistg. 23 (Ordensbräu),

nebst Wohnung, auch als Geschäfts-  
lokal zu verwenden, ist sofort

anderw. zu verm. N. Pfeffer 20.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 3980 in

der Expd. dieser Ag. erb.

Eine Wohnung von 2-3

Zimmern und Zubehör,  
Nähe der Post, gejagt.

Off. im Preisang. um 398

# Beilage zu Nr. 18265 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 29. April 1890.

## Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Abg. Hobrecht (n.-l.): Gegenüber dem Bestreben, die dem Staatsrecht nicht entsprechende Form der Vorlage zu beseitigen, ist darauf hinzuweisen, daß die beschlossenen Aufbesserungen im nächsten Jahre im Statut an der richtigen Stelle zum Ausdruck kommen werden. Es handelt sich also hier nur um einen Übergangszustand.

Wichtiger als dieser formelle Einwand scheint mir der, daß wir mit den Aufbesserungen eine jährliche dauernde Mehrausgabe bewilligen, während die gegenwärtig bestehende Mehreinnahme zunächst doch nur als der voranschlagte Überschuß eines einzelnen Jahres erscheint. Wir könnten uns auch nicht verhehlen, daß mit diesen Bewilligungen die Sache nicht abgeschlossen ist; wir engagieren uns für weitere Bewilligungen ganz unzweifelhaft. Wir übernehmen auch die Verantwortung dafür, daß die Deckungsmittel für die Mehrausgaben vorhanden sein werden. Das ist nur möglich bei sparsamer Gestaltung des Staatshaushalts. Es ist deshalb die Mahnung am Platze, allen Forderungen, seien sie auf Erhöhung bestehender Einnahmen — ich erinnere an die Tarifermäßigungen —, seien sie aus neuen Ausgaben gerichtet, mit großer Vorsicht gegenüberzutreten. Was die Alterszulagen betrifft, so kann ich nach meiner langen Erfahrung in großen kommunalen Verwaltungen nur bestätigen, daß der Wunsch nach bestimmt abgestuften Alterszulagen in allen Beamtenklassen ganz allgemein ist. (Gehr richtig!) Nur durch die Erfüllung dieses Wunsches kann die Unzufriedenheit beseitigt werden, die sonst immer wieder kommt. Der größte Vorwurf an Unzufriedenheit ist bei den Diätarien vorhanden (Gehr richtig!), und zwar nicht ohne Grund. Manche Diätarien erreichen das 40. Lebensjahr, ehe sie zur Anstellung kommen. Diesem Nebelstande muß dadurch abgeholfen werden, daß ein Geschlecht oder höchstens ein Bierkel aller Stellen von Diätarien eingenommen werden. In der Dombaufrage muß die Commissionsberatung erst Klarheit verschaffen.

Abg. Bachem (Centr.) betrachtet die Vorlage über die Aufbesserung der Beamtengehälter als ein Aequivalent für die Verhinderung der Lebensorge, die unzweifelhaft durch die Schuhzollpolitik herbeigeführt sei. (Gehr richtig! links.) Dafür müsse ein Ausgleich geschaffen werden einerseits durch die Reform der direkten Steuern und andererseits durch die Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten. Das System der allgemeinen Alterszulagen sei wünschenswert, aber es sei zweifelhaft, ob es sich so durchführen lasse, wie der Abg. Hobrecht vorschlage.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (freicons.): Es muß eine Änderung an der Vorlage gemacht werden, damit sie den an ein Gesetz zu stellenden formellen Anforderungen genügt. Dass 1872 in derselben Weise verfahren worden ist, scheint mir nicht durchschlagend. (Abg. Richter: Gehr richtig!) In materieller Beziehung ist über die Verwendung der 18 Millionen polischen der Regierung und den Parteien schon in früheren Sitzungen eine Einigung erfolgt. Mit der Klasseneintheilung ist meine Partei vorbehaltlich der Prüfung im einzelnen einverstanden. Die Einwendungen des Finanzministers gegen das System der Alterszulagen bedauere ich; denn ich bin ein entschiedener Anhänger dieses Systems. Das Bedürfnis eines neuen Domes erkennen wir an. Die Forderung

von 200 000 Mk. zum Bau einer Interimskirche ist der erste Schritt zur Inangriffnahme eines neuen Baues. Es fehlt aber eine sichere Auskunft, ob der Staat als Bauherr auftreten soll oder nicht, und in welchem Umfang hier eine rechtliche Verpflichtung des Staates vorliegt. Nach dieser Richtung werden wir in der Commission eine Ergänzung der Vorlage fordern müssen.

Abg. Günther (nat.-lib.): begrüßt die Vorlage mit Freude. (Seine Ausführungen bleiben bei der Unruhe des Hauses unverständlich.)

Abg. Arendt (freicons.): glaubt, daß auch für die Mittelschul- und Seminarlehrer die Fürsorge des Staates eintreten müsse hinsichtlich ihrer Pensions- und Rentenversorgungsverhältnisse. Die Dienstalterszulagen müßten auch auf diese Kreise ausgedehnt werden. Er werde diesen Wunsch in der zweiten Lesung in Form einer Resolution wiederholen.

Abg. Richter: Misstrauen und Unzufriedenheit sind zwar nicht die höchsten politischen Eigenschaften, das ist auch von keiner Seite behauptet worden. Aber wenn alles, wie es dem Ideal des Finanzministers zu entsprechen scheint, in Vertrauen und Zufriedenheit aufginge, so würde der Fortschritt in den öffentlichen Zuständen bald aufhören und einer zunehmenden Versumpfung verfallen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch der neue Ministerpräsident ausdrücklich anerkannt hat, daß die bisherige Regierung, zu der doch auch der Finanzminister gehört hat, es in Vielem hat schaffen lassen an Berücksichtigung gerechter Wünsche und an Entgegenkommen, so muß ich mir doch sagen, daß im ganzen bei uns eher zu wenig als zu viel Kritik geübt, zu wenig Misstrauen den Herren Ministern entgegengebracht wird. Nur wenn man die berechtigte Unzufriedenheit anerkennt, gewinnt man auch die Kraft, der unberechtigten entgegenzutreten. Die Philippika gegen die Unzufriedenheit und solche, welche sie anerkennen, scheint mir viel weniger berechtigt den armen Beamten und Schullehrern gegenüber, als nach derjenigen Richtung, welche sich stets bemüht, die Unzufriedenheit in landwirtschaftlichen Kreisen zu erregen, um auf Kosten der Besitzlosen den Besitzenden ungerechtfertigte Vorteile zuzuwenden. Leider ist diese Unzufriedenheit vom Ministerial nur zu oft begünstigt worden. Der Finanzminister meinte, wenn wir die Mittel hätten, bedürfe es gar keinen starken Drucks auf die Regierung, um in Bezug auf die Beamtenbelehnungsverbesserungen entgegenzukommen. Herr v. Malzahn sprach noch Anfang Januar davon, daß die Regierung allen solchen Anforderungen gegenüber eine kühl abwartende Haltung einnehme. Und Herr v. Stephan sagte: Wir im Reiche können nicht, wenn man nicht in Preußen vorangeht. Er attestirte also, daß diese kühl abwartende Haltung auch in Preußen vorhanden sei. Der Finanzminister hatte noch im Januar 1889 die Meinung, daß es ganz ungerecht sei, für die Unterbeamten eine Gehaltsaufbesserung zu bewilligen, daß man vielmehr bei den Unterk-Staatssekretären, von oben herab, beginnen sollte. (Heiterkeit.) Nur unter dem starken Druck der Dinge ist er zu einer vollständigen Umwandlung seines Finanzprogramms gekommen. Auf die Theuerungsverhältnisse will ich nicht weiter eingehen, sondern nur Herrn. v. Tiedemann bemerken, daß die Erhöhung der Krondotation damals gerade mit Rücksicht auf die weitere Steigerung der Preise von ihm begründet worden ist. Wenn

man das in den oberen Kreisen spürt, wieviel mehr in den unteren! (Gehr wahr! links.) Was die Form der Vorlage betrifft, so ist ein Verständnis vorhanden, daß man in der Commission eine correcte constitutionelle Form für die Vorlage schaffen müßt. Man braucht zu diesem Zwecke bloß die Anlagen in den Staat selbst hineinzuarbeiten. Ich bedauere lebhaft, daß der Finanzminister die Forderung einer allgemeinen Einführung der Alterszulagen abgelehnt hat. Fast alle Parteien haben sich für dieses System erklärt. Das jetzige System der Minimal- und Maximalzölle ist geradezu unsittlich, denn es verweist den Hintermann darauf, den Tod des Vorbermannes herbeizuwünschen. Dann mache ich der Vorlage zum Vorwurf, daß die Vertheilung der 18 Millionen zu sehr die Erhöhung der Maximalgehälter im Auge gehabt hat. Unsere Beamten werden in den Jahren zwischen 30 bis 50 Jahren zu schlecht bezahlt, die Zulagen zu sehr in die höheren Lebensalter verlegt. Die Leistungsfähigkeit steigert sich doch gewiß nicht in den höheren Lebensjahren noch besonders erheblich. Ein Hauptkrebszettel liegt in dem Verhältnis der Diätaire und deren ungenügender Bezahlung. Hier herrscht eine große Unzufriedenheit, von der wir aber wenig erfahren, weil diese, die auf vierwöchentliche Kündigung stehen, es garnicht wagen, zu petitionieren. Viele Klassen der diätarischen Beamten sind viel bedürftiger, wie die Unterbeamten, sie stehen theilweise schlechter als einfache Arbeiter und Gesellen. Oft erreichen sie die etatmäßige Anstellung erst im 40. Jahre. Auf alle diese Beamten entfällt nur eine Million. Häute man die 18 Mill. derwendet auf sämliche Beamten bis zu 2000 Mk., so wäre das viel richtig gewesen als jetzt, wo das Gros der Diätaire überhaupt unberücksichtigt geblieben ist. Reformbedürftig wäre auch besonders der Wohnungsgeldzuschuß wegen der Theuerungsverhältnisse gewesen. Herr v. Stephan hat die Stellenzulagen beseitigen wollen, jetzt will man sie vermehren; wie, erfahren wir nicht. Einen bloßen Dispositionsfonds zu bewilligen, halte ich für ganz unmöglich. Je mehr die Alterszulage erhöht wird, um so widersinniger ist sie immer noch widerfällig zu geben. Nur die Unzügänglichkeit des jetzigen Finanzministers für organische Verwendungsgesetze bei den großen, ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wird es verschulden, wenn die große Summe von 18 Mill. nicht so viel Zufriedenheit im Lande hervorbringt, als davon erwartet werden könnte.

Minister v. Götz: Meine Bemerkungen über die Unzufriedenen galt vorzüglich denjenigen, welche künstlich sich die Mühe geben, diese Unzufriedenheit hervorzurufen, wo sie nicht ist, und sie gewerbsmäßig zu verbreiten. Die Darstellung des Vorredners von den Wandlungen, welche der Finanzminister gemacht hat, ist nicht durchschlagend. Ich habe schon im Januar ausgeführt, daß der Titel zur außerordentlichen Schuldenlösung mit 18 Millionen noch lange nicht hoch genug dockt sei, daß aber diese meine Ansicht innerhalb der Regierung unterlegen ist. Ich stehe persönlich auch heute auf diesem Standpunkte. Auch bestreitet der Vorredner, daß die preußische Regierung die Initiative ergreifen habe. Die preußische Regierung ist vollkommen frei an die Frage herangetreten; die Frage der Aufbesserung der Unterk-Staatssekretäre, Oberförster, Bauinspectoren ist unab-

hängig von der allgemeinen Gehaltsaufbesserung zur Verhandlung gestellt worden. Nicht bloß ich allein bin noch nicht der Meinung, daß sich für alle Beamten das Alterszulagesystem empfiehlt; außerdem sollte hr. Richter bedenken, daß bei diesem System niemals zu übersehen sein wird, ob die in den Staat eingeführte Besoldungssumme ausreichen wird oder nicht. Gegen die Bezeichnung des jetzigen Zustandes als eines unsittlichen muß ich energisch Verwahrung einlegen. Angesichts der Zustände unserer Armee, wo ein derartiges Verfahren auch noch bekannt ist, ist der Ausdruck „unsittlich“ durchaus unangebracht. Der Abg. Richter tabelt, daß die Minimalsgehälter weniger oder gar nicht berücksichtigt seien, daß man erst bei den höheren Stufen anfange. Hätten wir es umgekehrt gemacht, so würde uns der Abg. Richter noch mehr getadelt haben. (Abg. Richter: Gehr schwach!) Die Diätarienfrage beurtheile ich kaum anders als hr. Richter. Man soll nur nicht vergessen, daß das alles uralte Einrichtungen sind, welche auf der traditionellen altpreußischen Sparsamkeit beruhen. Wenn hr. Richter mitwirkt, die Mittel zu beschaffen, um die meisten Diätaire etatmäßig zu machen, wird niemand freudiger zustimmen, als die Regierung. Die Stellenzulagen allein können wirksam die Unzufriedenheit derer bekämpfen, welche auf besonders üble Posten gestellt sind. Die persönlichen Verhältnisse der Beamten kommen garnicht besonders zur Erwägung, sondern die objektiven Verhältnisse des Ortes und der Ausgaben, vor die der Beamte gestellt ist.

Die Debatte wird geschlossen.

Personlich bemerkt Abg. Richter: Die Unterstellung des Ministers, daß ich meine Kritik nicht nach sachlichen, sondern lediglich nach taktischen Gründen einrichte, ist eine parlamentarisch vielleicht kaum zulässige, möglich nur bei einem Minister, der es verstanden hat, unter den verschiedensten Regierungssystemen mit derselben Güte zu dienen, ohne tiefer liegende politische Überzeugung zu bekunden. (Ohne rechts.)

Die Vorlage wird der Budgetcommission überwiesen.  
Nächste Sitzung: Dienstag.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 28. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 180 bis 186. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175 bis 180. ruff. loco ruhig. 112—118. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübbel (unverdolt) ruhiger, fest, loco fest. — Spiritus festler, per April—Mai 21 $\frac{1}{4}$  Br., per Mai—Juni 21 $\frac{1}{4}$  Br., per Juni—Juli 22 $\frac{1}{4}$  Br., per August—September 23 $\frac{1}{4}$  Br. — Raffee ruhig, um 1800 Sach. — Petroleum fest. Standard white loco 8.80 Br., per August—Dezember 7.15 Br. — Wetter: Veränderlich, wärmer.

Hamburg, 28. April. Zuckermarkt. Rübenrohrzucker 1. Produkt Balle 88 % Rendement, neue Ullance, f. a. B. Hamburg per April 12.25, per Mai 12.27 $\frac{1}{2}$ , per August 12.52 $\frac{1}{2}$ , per Dez. 12.22 $\frac{1}{2}$ . Ruhig.

Hamburg, 28. April. Raffee. Good average Santos per April — per Mai 85 $\frac{1}{2}$ , per September 83 $\frac{1}{2}$ , per Dez. 78 $\frac{1}{2}$ . Ruhig.

Havre, 28. April. Raffee Good average Santos per Mai 111.00, per September 106.75, per Dezember 99.00. Ruhig.

Bremen, 28. April. Petroleum. (Schlußbericht) Fest. Standard white loco 6.80 bei. u. Br. Frankfurt a. M., 28. April. Eisernen-Societät. (Schluß.) Credit-Action 251 $\frac{1}{4}$ . Framolen 183 $\frac{1}{4}$ , Lombarden 100%.

Gallier 165½, Segniter 4% ungar. Goldrente →, Gotthardbahn 160.80, Disconto-Commandit 211.20, Preu-  
scher Bank 141.30, Laurahütte 183.50, Gill.  
Wien, 28. April. (Schluß-Courte.) Destr. Papier-  
rente 89.15, do. 5% do. 100.75, do. Silberrente 89.40, 4%  
Goldrente 109.30, do. ungar. Gold. 101.95, 5% Papier-  
rente 99.25, 1880er Gold 138.00, Anglo-Aust. 149.60,  
Länderbank 215.60, Creditact 294.60, Unionbank 234.00,  
ungar. Creditactien 322.75, Wiener Bankverein 113.75,  
Böh. Westb. 322.00, Böh. Rorbahn →, Bush. Eisen-  
bahn 418.00, Dur-Bodenbacher →, Elbehalbahn 215.25,  
Nordbahn 255.00, Framoien 213.75, Salzher 182.50, Lem-  
berg-Tiern. 231.50, Lombarden 118.00, Nordwestbahn  
203.75, Darbubler 170.50, Akt. Mont. Act. 92.10, Tabak-  
actien 110.50, Amsideramer Wechsel 88.40, Deutsche Bläde  
55.10, Londoner Wechsel 118.20, Pariser Wechsel 47.00,  
Napoleons 9.41, Marknoten 58.10, Russ. Banknoten  
1.31½, Silbercoupons 100, Bulgar. Anleihe 119.00.  
Amsterdam, 28. April. Getreidemarkt. Weizen auf  
Terme niedriger, ver Mai 204, ver Novbr. 197.—  
Roggen loco fest, auf Terme unverändert, der Mai  
137, per Oktobr. 128—128—127.—Rüddl loco 36½, per  
Mai 35, per Herbst 32.  
Antwerpen, 28. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.)  
Raffineries, Zipe weiß loco 17 bei u. Br. per April  
17 Br., per Mai 16½ Br., per Sept.-Dezbr. 17½ Br. Zeit.  
Antwerpen, 28. April. Getreidemarkt. Weizen fest.  
Roggen unverändert. Hafer fest. Gerste behauptet.  
Paris, 28. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)  
Weizen weichend, per April 25.10, per Mai 24.90, per  
Mai-August 24.80, per Septbr.-Dezbr. 23.60.—Roggen  
ruhig, per April 15.15, per Septbr.-Dezbr. 14.75.—  
Weizl mait, per April 55.10, per Mai 54.10, per Mai-  
August 54.10, per Sept.-Dezember 53.90.—Rüddl ruhig,  
per April 70.00, per Mai 70.50, per Mai-August 70.50,  
per September-Dezember 69.25.—Spiritus ruhig, der  
April 35.75, per Mai 36.50, per Mai-August 37.00, per  
Septbr.-Dezbr. 38.25. Wetter: Veränderlich.

Paris, 28. April. (Schlußcourse.) 3% amort. Rente  
92.87½, 3% Rente 89.10, 4% Akt. 106.95, 5% italien.  
Rente 94.12½, österr. Goldrente 93, 4% ungar. Goldrente  
88.03, 4% Russen 1880 96.50, 4% Russen 1889 95.10,  
4% unif. Segniter 485.93, 4% span. auf. Anleihe 73,  
convert. Türken 18.50, türkische Looie 73.40, 5%  
priv. türk. Obligationen 600.00, Franzosen 463.75,  
Lombarden 273.75, Lomb. Prioritäten 820.00, Banque  
ottomane 559.00, Banque de Paris 783.25, Banque  
descompte 517.50, Crédit foncier 1230.00, do. mobilier  
458.75, Meridional-Act. 685, Panama Canal-Act. 55.00,  
do. 5% Oblig. 41.50, Rio Tinto-Actien 418.10, Guernsey-  
Actien 277.50, Wechsel auf deutsche Bläde 122½. Con-  
doner Wechsel kurz 25.14, Chevaux a. London 25.15½,  
Compt. d'Escompte neu 613.55, Robinson 70.82.  
London, 28. April. Die Getreidezufruhren betragen in  
der Woche vom 19. bis zum 25. April: Englischer Weizen  
3039, fremder 35.332, engl. Gerste 489, fremde 17.060,  
englische Mälzerie 15.042, fremde —, englischer Hafer  
89, fremder 32.939 Qrtz. Engl. Weizl 19.411, fremdes  
41.781 Sack und 104 Fah.  
London, 28. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)  
Englischer Weizen 1 sh. theurer, Käufer wörgenb. für  
fremden ziemliche Nachfrage, feinster rother 1 sh. weicher  
1/2 sh. theurer, Weizl amtehend. Mais williger. Gerste  
stetig, Hafer fest, rufiijder gefragt. 1/2—1 sh. höher als  
vorige Woche. Bohnen und Erbsen gefragt.  
London, 28. April. An der Küste 3 Weizenladungen  
angeboten. — Wetter: Schön.  
London, 28. April. Eng. 2½% Consols 93½ preuß.  
4% Consols 106, Ital. 5% Rente 93½, Lombarden 105½,  
4% cons. Russen von 1889 (II. Serie) 98½, conv. Türken  
18½, österr. Goldrente 76, österr. Goldrente 93,  
4% ungarische Goldrente 87½, 4% Spanier 73,  
5% privilegierte Segniter 103½, 4% unif. Segniter 98½,  
3% garantirte Segniter 100%, 4% ägypt. Tributani.  
97, 6% consol. Mexikaner 98½, Ottomanbank 12½,  
Guejactien 91½, Canada-Pacific 79½, De Beers-Actien

neue 16½, Rio Tinto 16½, Rubinen-Actien ½ % Asio,  
Silber —. Wechselcont 1¾%.  
Glasgow, 28. April. Roheisen (Schluß.) Mixed  
numbres marrans 54 sh. 8½ d.  
Glasgow, 28. April. Die Verschiffungen betragen  
in der vorigen Woche 8828 Tons gegen 8219 Tons in  
derselben Woche des vorigen Jahres.  
Newark, 28. April. Wechsel auf London 4.85½, Rotker  
Weizen loco 0.99%, per April 0.97½, per Mai 0.96½,  
per Juni 0.95%. — Weizl loco 2.80, — Weizl 0.40%  
— Fracht 1¾. — Zucker 5.  
Newark, 28. April. Billbln Supply an Weizen  
23.982.000 Bushels.

Nöbr. 155.23—155.31 — Safer loco 163 bis 184 M.,  
westeuropäischer 171—174 M., Sommerlicher u. österr.  
märker 176—178 M. kein somm. u. österr.märker und  
mecklenb. 178—180 M. a. B. per April-Mai 185.75—  
186 M. per Mai-Jun 183.50 M. per Jun-Jul 163—  
182.75 M. per Jul-August 152—152.50 M. per Sept-  
Okt. 145.50 M. — Mais loco 110—117 M. per April-  
Mai 109 M. per Jul-August 112.50 M. per Jun-Jul  
110.50 M. per Jul-August 112.50 M. per September-  
Oktobr 115.50 M. per Okt-Nov. 118.50 M. — Kartoffel-  
weizl loco 131—135 M. — Kartoffelmehl loco 15.70 M. —  
Trotzne Kartoffelfläche loco 15.70 M. — Feuchte  
Kartoffelfläche per April 7.70 M. — Gräben loco  
Witterware 154—163 M. — Röschware 165—210 M.  
Weizenmehl M. Nr. 0 28—24.00 M. Nr. 0 22—20 M.  
Rozengrashl Jr. 0 24.50—23.50 M. Jr. 0 u. 1  
23—22 M. ff. Marken 24.93 M. per April 23.03—22.50  
M. per April-Mai 23.00—23.10 M. per Mai-Jun 22.80  
— 22.85 M. per Jun-Jul 22.75—22.80 M. — Betre-  
feum loco 23.8 M. per September-Oktobr 24 M.  
Rüddl loco ohne Fah 82.4 M. per April 72.6 M. per  
April-Mai 70.5—69.5—70 M. per Mai-Jun 68.4 M.  
per Jun-Jul 65.8—65.8 M. per September-Oktobr  
58.6—53.1—52.2 M. — Glycerit ohne Fah loco unver-  
steuert (50 M) 54.1 M. mit Fah loco unversteuert  
(70 M) 34.3—34.1 M. per April 33.8—33.8 M. per  
April-Mai 33.9—33.8 M. per Mai-Jun 33.8—33.7—  
33.8 M. per Jun-Jul 33.9 M. per Jul-August 34.5 M.  
per August-Septbr. 34.8—34.9—34.8 M. per September-  
Oktobr 34.8—34.9—34.8 M. — Eier per Schoch 2.45—  
2.55 M.

Berantwortliche Redakteure: für den politischen Theil und ver-  
mischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das heutige und literarische:  
H. Löchner, — den östlichen und provinzialen Handels-, Marine-Theil und  
den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil:  
A. W. Klemann, sämmtlich in Danzig.

## Berliner Fondsbörse vom 28. April.

Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht gerade ungünstig, boten aber gleichförmige Anregung in keiner Bestehung dar. Hier entwickelte sich denn auch das Geschäft bei großer Zurückhaltung der Speculation sehr rubis; sehr bald trat dann bei wachsendem Angebot ziemlich allgemein eine Abschwächung ein und unter kleinen Schwankungen blieb dasselbe bis zum Schlus schwach. Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen bis normalen Umfängen und fremde, festen Zins tragende Papiere

könnten ihren Wertstand gut behaupten, blieben aber rubis; russische Anleihen fester und lebhafte. Der Privat-  
discont wurde mit 2½% noirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien nach festerer Er-  
öffnung abgeschrägt; Franzen schwächer; Lombarden behauptet. Inländische Eisenbahngesellschaften waren anfangs fest,  
später abgeschrägt. Bankactien anfangs etwas besser, später ermattend. Industriepapiere wenig verändert und  
rubis; Montanactien matter.

Deutsche Fonds.		Russ. 2. Orient-Anleihe		70.30		Lotterie-Anleihe.	
Deutsche Reichs-Anleihe	5	107.00	do. Stieg. 5. Anleihe	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	141.75
do. do.	5½	101.50	do. do. 5. Anleihe	5	81.90	Bad. Präm.-Anl. 1887	142.80
Konsolidirte Anleihe	4	108.40	Russ. Poln. Schaf.-Dobl.	4	61.75	Braunschw. Pr. Anleihe	105.80
do. do.	3½	101.60	Poli. Liquidal.-Dobl.	4	93.50	Stolz. Präm.-Pfandbr.	114.00
Glaas-Schuldbörne	3½	98.90	Italienische Rente	6	103.90	Lomb. 50Jtr.-Loose	191.00
Ostpreuß. Prov.-Dobl.	3½	98.00	Rumänische Anleihe	5	102.00	Aöln.-Mind. Pr. G.	140.00
Wend. Prov.-Dobl.	3½	—	do. fundierte Anl.	5	88.40	Lübeckr. Präm.-Anleihe	134.00
Landch. Centr.-Dobl.	3½	102.00	do. amori. do.	5	85.50	Desterr. Loose 1854	120.25
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	98.80	do. 4% Rente	5	87.50	do. Creb.-L. v. 1858	328.40
Vommerische Pfandbr.	3½	99.80	Türk. Anleihe	5	89.00	do. Loose von 1860	121.30
do. do.	—	—	do. Rente	5	84.40	do. do.	311.20
Bosnische neue Dobl.	4	101.60	do. neue Rente	5	84.15	Oldenburger Loose	131.70
do. do.	5½	98.60	do. do.	5	—	Dr. Präm.-Anleihe 1856	186.00
Weißruss. Pfandbriefe	3½	98.00	do. do.	5	—	Raab.-Grafs 100Z.-Loose	105.00
do. neue Pfandbr.	3½	99.00	do. do.	5	—	Russ. Präm.-Anl. 1864	108.10
Dom. Rentenbriefe	4	103.50	do. do.	5	—	do. do. von 1865	111.80
Bosnische do. do.	4	103.20	do. do.	5	—	Ung. Loose	249.10

### Hypothesen-Pfandbriefe.

Dan. Hypoth.-Pfandbr.		Russ. Grundb.-Pfandbr.		101.60		Bad. Präm.-Anl. 1887		141.75		T. Jinen vom Staate zar. Dir. 1888.		Bank- und Industrie-Actien. 1889.		Bilheimerhütte Überleie.-Glob. 100 25	
do. do.	4	100.00	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	142.80	82.25	4	Berliner Raffen-Bereis	134.25	6	Berg- und Hüttengesellschaften.	94.80	6
do. do.	5½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	143.50	87.80	4½	Berliner Handelssez.	158.75	12	do.	—	Dir. 1889.
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	144.00	88.10	—	Berl. Prod. u. Hand.-G.	207.75	—	Parma. Union-Bek.	—	—
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	144.50	88.50	—	Bremen. Bank	106.90	7	Rönig.-Au. Laurahütte	133.50	—
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	145.00	89.00	—	Brest. Discontbank	138.25	2½	Stolberg. Ink.	58.50	—
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	145.50	89.50	—	Daniger Privatbank	154.25	10½	St. Dr.	121.50	—
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	146.00	90.00	—	Darmstädter Bank	128.00	8	Victoria-Hütte	—	—
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	146.50	90.50	—	Deutsche Genossensch.-B.	160.40	10	Wetherham	82.50	2
do. do.	5½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	147.00	91.00	—	Berliner Gründcr.-B.	85.25	2½	London	22.25	2
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	147.50	91.50	—	Ham. Commerc.-Bank	129.50	7½	do.	—	10.35
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	148.00	92.00	—	Hannover. Bank	115.75	5	Paris	82.50	20.26
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	148.50	92.50	—	Brüssel	124.00	6	Brüssel	80.80	—
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	149.00	93.00	—	Düsseldorf. Vereins-Bank	117.25	7	Wiesbaden	80.50	—
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	149.50	93.50	—	Magdebg. Privat-Bank	103.90	5	Wien	82.50	172.30
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	150.00	94.00	—	London	125.75	5	London	82.50	171.45
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	150.50	94.50	—	Düsseldorf	131.75	5½	do.	—	225.00
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	151.00	95.00	—	Brüssel	114.30	6	Paris	82.50	223.50
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	151.50	95.50	—	Wiesbaden	120.50	6½	Marischau	82.50	223.35
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	152.00	96.00	—	Discont der Reichsbank 4 %.	112.25	1	Discont der Reichsbank 4 %.	—	—
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	152.50	96.50	—	Sorien.	102.00	—	Sorten.	—	9.73
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	153.00	97.00	—	Neufeldt-Metallwaren	128.00	—	Dukaten	—	—
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	153.50	97.50	—	Actien der Colonia	116.80	—	Sovereigns	—	—
do. do.	4	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	154.00	98.00	—	Leipziger Feuer-Versich.	100.00	6½	20-Francs-St.	—	16.185
do. do.	3½	101.50	do. do.	5	—	Bad. Präm.-Anl. 1887	154.50	98.50	—	Dollar	160.00	5			